



HESSISCHER LANDTAG

Kleine Anfrage

Torsten Felstehausen (DIE LINKE)

Drohschreiben gegen Moscheen und muslimische Gemeinden und Vereine

Vorbemerkung:

Der Presseberichterstattung zu Drohschreiben gegen Moscheen (bspw. Gelnhäuser Neue Zeitung, „Wir werden euch alle vernichten“, 18.08.2023) ist zu entnehmen, dass es seit dem rassistischen Anschlag von Hanau am 19.02.2020 vermehrt zu Drohschreiben gegen muslimische Gemeinden kommt. Da eine öffentliche Thematisierung der Bedrohungen meist die Anzahl von Drohschreiben steigert, wird häufig auf eine Veröffentlichung verzichtet. Gleichzeitig berichten Betroffene davon, im Unklaren über den Fortgang von Ermittlungen zu sein und mit Überlegungen zur Gewährleistung der Sicherheit alleine gelassen zu werden.

(Zur Sicherheit der Moscheen, muslimischen Gemeinden und Vereinen bitten wir darum, auf eine Benennung der Anzeigenstellenden zu verzichten.)

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Drohschreiben wurden in Hessen seit 2019 durch Moscheen, muslimische Gemeinden oder Vereine angezeigt? (Bitte aufschlüsseln nach zuständigem Polizeipräsidium und Jahr)
2. Bei wie vielen der Drohschreiben konnten die Verfasserinnen oder Verfasser ermittelt und strafprozessual verfolgt werden? (Bitte aufschlüsseln nach Aufstellung zur Frage 1.)
3. Zu wie vielen der Drohschreiben besteht ein laufendes Ermittlungsverfahren und wie ist der jeweilige Stand der Ermittlungen? (Bitte aufschlüsseln nach Aufstellung zur Frage 1.)
4. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die Mindeststandards zu Opferrechten und Opferschutz (entsprechend der EU Richtlinie von 2012) einzuhalten, bspw. zum Auskunftsrecht über den Fall, dem Recht auf Unterstützung und Schutz? (Bitte aufschlüsseln nach Aufstellung zur Frage 1.)
5. Gab es seitens der zuständigen Polizeibehörden Gesprächsangebote an die betroffenen Moscheen, muslimischen Gemeinden oder Vereine, die Drohschreiben zur Anzeige brachten?
6. Gibt es seitens der Landesregierung Ambitionen, die Moscheen, muslimischen Gemeinden und Vereine bei der Entwicklung von Sicherheitskonzepten zu unterstützen?
7. Welche Kenntnis besteht seitens der Landesregierung über Zusammenhänge zwischen den Drohschreiben und rechten bis „rechtsextremen“ Gruppierungen in Hessen?

8. Lässt sich der durch Betroffene wahrgenommene Anstieg antimuslimischer Drohschreiben nach dem rassistischen Anschlag von Hanau auch seitens der Landesregierung feststellen und wenn ja, welche Maßnahmen wurden getroffen, um dieser Entwicklung zu begegnen?

Wiesbaden, den 21.08.2023



Torsten Felstehausen